

V-25 Schützen statt aussperren – Plattformen regulieren, Grundrechte wahren, kein pauschales Social-Media-Verbot für Jugendliche

Gremium: BAG Digitales und Medien
Beschlussdatum: 29.03.2026
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Die folgenden Forderungen basieren auf dem Positionspapier der BAG Digitales und Medien. Es ist das Ergebnis eines mehrmonatigen Prozesses, in den Wissenschaftler*innen, Eltern, junge Menschen sowie Delegierte aus allen Bundesländern einbezogen waren. ([Verlinken des Papiers hier](#))

Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Bündnis 90/Die Grünen nehmen die Sorgen um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, um belastende und traumatisierende Inhalte sowie um suchtfördernde Mechanismen auf digitalen Plattformen sehr ernst. Diese Sorgen verlangen entschlossenes politisches Handeln. Ein pauschales Social-Media-Verbot für Minderjährige ist dafür jedoch der falsche Weg: Es greift unverhältnismäßig in Grundrechte ein, entlässt die Plattformkonzerne aus ihrer Verantwortung und schließt junge Menschen von digitaler Teilhabe aus. Wir setzen stattdessen auf wirksame, grundrechtskonforme und europäisch abgestimmte Instrumente, die bei den Ursachen ansetzen: bei der Gestaltung der Plattformen.

1. Evidenzbasiert handeln

Politische Maßnahmen mit derart weitreichenden Eingriffen müssen auf einer belastbaren wissenschaftlichen Grundlage stehen. Die Forschung zeigt bislang nur geringe oder uneinheitliche Zusammenhänge zwischen Social-Media-Nutzung und psychischer Gesundheit; die Wirkungen unterscheiden sich stark von Person zu Person. Wir fordern daher:

- keine Verbotspolitik ohne robuste, kausale Evidenzbasis;
- die konsequente Umsetzung und Ausweitung des Datenzugangs für unabhängige Forschung nach Art. 40 DSA, einschließlich verpflichtender Schnittstellen (API-Zugang) der Plattformbetreiber;
- eine verstärkte Forschungsförderung, insbesondere für die bislang vernachlässigte Altersgruppe unter zehn Jahren.

2. Grundrechte und Kinderrechte wahren

Soziale Medien sind für viele junge Menschen zentrale Informationsquelle und Raum politischer Meinungsbildung. Ein pauschales Verbot berührt die Informations- und Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG), und die zur Durchsetzung nötige Identitätsprüfung gefährdet die informationelle Selbstbestimmung aller

32 Nutzer*innen. Die UN-Kinderrechtskonvention (Art. 17) schützt ausdrücklich den
33 Zugang von Kindern zu Medien und Informationen. Wir fordern daher:

- 34 • eine klare Absage an jedes Regulierungsmodell, das den
35 verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt;

36 3. Plattformen in die Pflicht nehmen – den Digital Services 37 Act durchsetzen

38 Das Kernproblem ist nicht die Nutzung sozialer Medien an sich, sondern bewusst
39 gewählte Design-Entscheidungen der Plattformen: endloses Scrollen, Push-
40 Benachrichtigungen, Gamifizierung und auf maximale Aufmerksamkeitsbindung
41 optimierte Algorithmen. Diese Mechanismen schaden Menschen aller Altersgruppen.
42 Wie im Straßenverkehr Airbags und Sicherheitsgurte, brauchen wir eine sichere
43 Plattformarchitektur. Der Digital Services Act bietet mit Art. 28 bereits heute
44 wirksame Instrumente für den Jugendschutz, die jedoch unzureichend durchgesetzt
45 werden. Wir fordern:

- 46 • die konsequente Durchsetzung des DSA, insbesondere ein striktes Vorgehen
47 gegen suchterzeugende Dark Patterns, manipulative Empfehlungssysteme und
48 die Verbreitung radikalisierender Inhalte;
- 49 • Schutzstandards für alle: bewährte Funktionen wie Opt-in-Regelungen,
50 Graustufenmodus und Filter für nicht jugendfreie Inhalte sollen allen
51 Nutzer*innen zur Verfügung stehen;
- 52 • algorithmisch kuratierte Feeds nur nach ausdrücklicher Einwilligung (Opt-
53 in) statt als Standardeinstellung;
- 54 • Schutzpflichten für Minderjährige unabhängig von Größe und Marktanteil der
55 Plattform;
- 56 • eine stärkere Inpflichtnahme der Plattformen bei strafbaren Inhalten sowie
57 die Prüfung des Providerprivilegs und einer wirtschaftlichen Trennung von
58 Inhalt und Infrastruktur;
- 59 • die Förderung europäischer, gemeinwohlorientierter Social-Media-
60 Alternativen sowie die gezielte Verbesserung kindgerechter Versionen
61 bestehender Dienste;
- 62 • keine algorithmische Benachteiligung externer Verlinkungen durch die
63 Plattformen.

64 4. Gesellschaftliche Resilienz und Medienkompetenz stärken

65 Die psychische Belastung junger Menschen hat viele Ursachen, darunter
66 Klimaangst, die Folgen der Pandemie und wirtschaftliche Unsicherheit. Wer ihre
67 Gesundheit schützen will, darf die Mittel für psychische Gesundheitsversorgung
68 nicht kürzen. Echte Resilienz entsteht durch Medienkompetenz: die Fähigkeit,

69 Algorithmen zu durchschauen und souverän mit Desinformation umzugehen. Wir
70 fordern:

- 71 • Medienkompetenz als fächerübergreifendes Querschnittsthema in Schulen
72 sowie strukturell in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und in der
73 Jugendarbeit zu verankern;
- 74 • niedrigschwellige Bildungsangebote für Erwachsene und gezielte Programme
75 für Mädchen, FLINTA* sowie LGBTQI*-Jugendliche auszubauen;
- 76 • herstellerunabhängige, nicht-kommerzielle Bildungsangebote sicherzustellen
77 und die Monetarisierung etwa von Gesundheits- oder Bildungsinhalten an
78 redaktionelle Qualitätsstandards zu knüpfen;
- 79 • einen Nationalen Fonds für Medienkompetenz einzurichten, finanziert durch
80 eine Digitalabgabe bzw. eine Besteuerung der Onlinewerbung großer
81 Plattformen;
- 82 • das digitale Ehrenamt durch rechtliche Anerkennung und angepasste
83 steuerliche Rahmenbedingungen zu stärken.

84 5. Einen kohärenten europäischen Rahmen für Altersgrenzen
85 schaffen

86 Heute gelten in Deutschland und Europa zahlreiche, teils widersprüchliche
87 Altersgrenzen: in den Nutzungsbedingungen der Plattformen, im
88 Jugendmedienschutz, im Datenschutzrecht (Art. 8 DSGVO) und in aktuellen
89 Verbotsdebatten. Diese Zersplitterung verunsichert Jugendliche, Eltern und
90 Anbieter gleichermaßen. Wir fordern:

- 91 • keine unilaterale nationale Altersgrenzen-Politik; die vollharmonisierende
92 Wirkung des DSA ist zu beachten;
- 93 • eine kohärente, europaweit einheitliche und durchsetzbare Regelung, die
94 bestehende Widersprüche auflöst – verankert im angekündigten Digital
95 Fairness Act;
- 96 • eine verbindliche europäische Definition dessen, was „altersgerecht“
97 bedeutet.

98 6. Freiheitsräume bewahren – Identitätspflichten ablehnen!

99 Wir lehnen es ab, den Zugang zum digitalen öffentlichen Raum schleichend an
100 Identitätsnachweise zu koppeln. Ein solcher „digitaler Türsteher“ gefährdet die
101 offene Architektur des Internets und die Freiheitsrechte aller. Sollte eine
102 Altersverifikation in spezifischen Hochrisikobereichen außerhalb der Social-
103 Media-Regulierung rechtlich unumgänglich sein, ist die EUDI-Wallet mit Zero-
104 Knowledge-Proofs und Selective Disclosure die datenschutzfreundlichste
105 verfügbare Option, weil sie nur ein Attribut wie „über 18“ bestätigt, ohne die
106 Identität offenzulegen. Auch dann bleibt sie Ultima Ratio und darf nicht zur
107 flächendeckenden Kontrollinfrastruktur indem sie verpflichtend für Plattform
108 Nutzung werden.

Einfache Sprache

- 109 Schützen statt aussperren
- 110 Darum geht es in diesem Antrag:
- 111 Wir wollen Kinder und Jugendliche im Internet schützen.
- 112 Aber wir wollen ihnen Social Media nicht verbieten.
- 113 Stattdessen sollen die Firmen hinter den Apps strengere Regeln bekommen.
- 114 Was ist das? Social Media: Das sind Apps und Webseiten, auf denen Menschen
- 115 Bilder, Videos und Texte teilen. Zum Beispiel Instagram, TikTok oder YouTube.
- 116 Was ist das? Plattform: Das ist ein anderes Wort für so eine App oder Webseite.
- 117 Mit „Plattform“ ist oft auch die Firma gemeint, der die App gehört.
- 118 Woher kommt dieser Antrag?
- 119 Eine Arbeitsgruppe der Grünen hat ihn geschrieben.
- 120 Die Gruppe heißt: BAG Digitales und Medien.
- 121 Viele Menschen haben mehrere Monate daran mitgearbeitet: Forscher*innen, Eltern,
- 122 junge Menschen und Grüne aus allen Bundesländern.
- 123 (Verlinken des Papiers hier)
- 124 Was ist das? BAG: Das heißt Bundesarbeitsgemeinschaft. Das ist eine Gruppe in
- 125 der Partei. Sie beschäftigt sich mit einem bestimmten Thema.
- 126 Was soll beschlossen werden?
- 127 Über den Antrag stimmt die Bundesdelegiertenkonferenz ab.
- 128 Was ist das? Bundesdelegiertenkonferenz: Das ist das große Treffen der Grünen
- 129 aus ganz Deutschland. Dort entscheidet die Partei über ihre Meinung.

Unsere Meinung in Kürze

- 131 Wir machen uns Sorgen um Kinder und Jugendliche.
- 132 Vielen von ihnen geht es seelisch nicht gut.
- 133 Im Internet sehen sie manchmal schlimme Dinge.
- 134 Und manche Apps sind so gemacht, dass man nicht mehr aufhören kann.
- 135 Darum muss die Politik etwas tun.
- 136 Aber ein Verbot ist der falsche Weg.
- 137 Ein Verbot hat 3 große Nachteile:
- 138 1. Es nimmt jungen Menschen wichtige Rechte weg.
- 139 2. Die Firmen müssen dann nichts mehr ändern.
- 140 3. Junge Menschen sind von der digitalen Welt ausgeschlossen.

141 Wir wollen lieber die Apps selbst sicherer machen.

142 Diese Regeln sollen in ganz Europa gelten.

143 1. Erst forschen, dann handeln

144 Ein Verbot ist eine sehr große Entscheidung.

145 Dafür braucht man gute Beweise.

146 Die Forschung sagt aber bis jetzt: Es ist nicht klar, ob Social Media krank
147 macht.

148 Bei manchen Menschen schadet es. Bei anderen hilft es. Bei vielen macht es
149 keinen Unterschied.

150 Das fordern wir:

- 151 • Kein Verbot ohne klare Beweise.
- 152 • Forscher*innen sollen die Daten der Apps anschauen dürfen. So können sie
153 besser verstehen, was die Apps mit Menschen machen.
- 154 • Mehr Geld für Forschung. Vor allem über Kinder unter 10 Jahren. Über diese
155 Kinder weiß man noch sehr wenig.

156 2. Rechte schützen

157 Was ist das? Grundrechte: Das sind die wichtigsten Rechte, die alle Menschen in
158 Deutschland haben. Sie stehen im Grundgesetz. Das Grundgesetz ist die wichtigste
159 Regel in Deutschland.

160 Ein Grundrecht ist zum Beispiel: Jeder Mensch darf sich frei informieren. Und
161 jeder darf seine Meinung sagen.

162 Für viele junge Menschen ist Social Media sehr wichtig.

163 Dort erfahren sie Neuigkeiten. Dort reden sie über Politik.

164 Ein Verbot würde ihnen das wegnehmen.

165 Es gibt noch ein Problem: Bei einem Verbot müssten alle Menschen zeigen, wie alt
166 sie sind. Also auch Erwachsene.

167 Dafür müssten sie zum Beispiel ihren Ausweis zeigen. Das ist schlecht für den
168 Datenschutz.

169 Was ist das? Datenschutz: Meine persönlichen Daten gehören mir. Zum Beispiel
170 mein Name, mein Alter oder meine Adresse. Andere dürfen sie nicht einfach
171 sammeln.

172 Auch die Vereinten Nationen sagen: Kinder haben ein Recht auf Informationen. Das
173 steht in der UN-Kinderrechtskonvention.

174 Was ist das? UN-Kinderrechtskonvention: Das ist ein Vertrag zwischen fast allen
175 Ländern der Welt. Darin stehen die Rechte von Kindern.

176 Das fordern wir:

- 177 • Keine Regeln, die zu stark in die Rechte der Menschen eingreifen.

178 3. Die Firmen müssen mehr tun

179 Das Problem ist nicht Social Media an sich.

180 Das Problem ist, wie die Firmen ihre Apps bauen.

181 Viele Apps haben Tricks, damit man möglichst lange bleibt:

- 182 • Man kann immer weiter nach unten wischen. Es hört nie auf.
- 183 • Das Handy meldet sich ständig mit neuen Nachrichten.
- 184 • Man bekommt Punkte und Belohnungen, wie in einem Spiel.
- 185 • Ein Computer-Programm sucht genau die Videos aus, die einen am längsten
- 186 festhalten.

187 Was ist das? Algorithmus: Das ist ein Computer-Programm. Es entscheidet, welche

188 Beiträge man in der App sieht.

189 Diese Tricks schaden Menschen in jedem Alter. Nicht nur Kindern.

190 Ein Vergleich:

191 Im Auto gibt es Gurte und Airbags. Sie schützen uns.

192 Genauso sollen Apps von Anfang an sicher gebaut sein.

193 Es gibt schon ein gutes Gesetz:

194 Die EU hat ein Gesetz für Plattformen gemacht. Es heißt: Digital Services Act,

195 kurz DSA.

196 Darin stehen schon Regeln zum Schutz von Jugendlichen.

197 Aber die Regeln werden nicht streng genug kontrolliert.

198 Was ist das? Digital Services Act (DSA): Das ist ein Gesetz der Europäischen

199 Union. Es gilt in allen EU-Ländern. Es sagt, welche Pflichten große Internet-

200 Firmen haben.

201 Das fordern wir:

- 202 • Die Regeln aus dem DSA müssen streng kontrolliert werden. Besonders gegen
- 203 Tricks, die süchtig machen. Und gegen Inhalte, die Menschen extrem und
- 204 gefährlich denken lassen.
- 205 • Gute Schutz-Funktionen soll es für alle geben. Zum Beispiel: Man kann den
- 206 Bildschirm grau machen. Dann ist die App weniger spannend. Oder es gibt
- 207 Filter gegen Inhalte, die nicht für Kinder sind.
- 208 • Der Algorithmus soll nur dann Beiträge aussuchen, wenn man vorher Ja sagt.
- 209 Am Anfang soll er immer ausgeschaltet sein.

210 Was ist das? Opt-in: Eine Funktion ist erst aus. Man muss sie selbst
211 einschalten.

- 212 • Alle Plattformen müssen Kinder schützen. Auch kleine Plattformen.
- 213 • Die Firmen sollen mehr Verantwortung für verbotene Inhalte übernehmen. Zum
214 Beispiel für Beleidigungen oder Gewalt-Videos. Heute haften sie dafür oft
215 nicht. Wir wollen prüfen, ob das so bleiben soll.
- 216 • Es soll mehr europäische Apps geben, die den Menschen dienen. Nicht nur
217 dem Geld. Kinder-Versionen von Apps sollen besser werden.
- 218 • Die Apps sollen Beiträge mit Links zu anderen Webseiten nicht verstecken
219 dürfen.

220 4. Menschen stark machen

221 Viele junge Menschen haben Sorgen. Zum Beispiel wegen der Klimakrise. Oder wegen
222 der Corona-Zeit. Oder weil ihre Familie wenig Geld hat.

223 Wer jungen Menschen helfen will, darf nicht bei Hilfe für die Seele sparen. Zum
224 Beispiel bei Beratung oder Therapie.

225 Wichtig ist auch Medienkompetenz.

226 Was ist das? Medienkompetenz: Man weiß, wie das Internet funktioniert. Man
227 versteht, warum man bestimmte Beiträge sieht. Und man kann falsche Nachrichten
228 erkennen.

229 Was ist das? Desinformation: Das sind falsche Nachrichten. Jemand verbreitet sie
230 mit Absicht.

231 Das fordern wir:

- 232 • Medienkompetenz soll in allen Schulfächern vorkommen. Lehrkräfte sollen
233 dafür gut ausgebildet werden. Auch in Jugendtreffs soll es das Thema
234 geben.
- 235 • Mehr einfache Kurse für Erwachsene.
- 236 • Besondere Angebote für Mädchen, für FLINTA* und für queere Jugendliche.

237 Was ist das? FLINTA*: Das steht für: Frauen, Lesben, inter Personen, nicht-
238 binäre Personen, trans Personen und agender Personen. Das sind Menschen, die oft
239 benachteiligt werden.

240 Was ist das? Queer: Das ist ein Wort für Menschen, die nicht heterosexuell sind.
241 Oder die sich nicht als Mann oder Frau fühlen, wie es bei der Geburt gesagt
242 wurde.

243 • Die Kurse sollen nicht von Firmen kommen, die damit Geld verdienen wollen.

244 • Wer mit Videos über Gesundheit oder Bildung Geld verdient, soll sich an
245 Regeln für gute Qualität halten.

246 • Es soll einen Geld-Topf für Medienkompetenz geben. Das Geld sollen die
247 großen Internet-Firmen bezahlen. Zum Beispiel über eine Steuer auf ihre
248 Werbung.

249 Was ist das? Fonds: Das ist ein Geld-Topf für einen bestimmten Zweck.

250 • Menschen, die ehrenamtlich im Internet helfen, sollen mehr Anerkennung
251 bekommen. Und sie sollen weniger Steuern zahlen müssen.

252 Was ist das? Ehrenamt: Man arbeitet freiwillig und bekommt kein Geld dafür.

253 5. Gleiche Altersgrenzen in ganz Europa

254 Heute gibt es viele verschiedene Altersgrenzen.

255 Die Apps haben eigene Regeln. Das Jugendschutz-Gesetz hat andere Regeln. Das
256 Datenschutz-Gesetz hat wieder andere Regeln.

257 Manche Regeln passen nicht zusammen.

258 Das ist verwirrend für Jugendliche, Eltern und Firmen.

259 Das fordern wir:

260 • Deutschland soll keine eigenen Altersgrenzen machen. Das Internet hört
261 nicht an der Grenze auf. Außerdem gilt der DSA schon in der ganzen EU
262 gleich.

263 • Eine gemeinsame Regel für ganz Europa. Sie soll klar sein und kontrolliert
264 werden. Sie soll in einem neuen EU-Gesetz stehen. Das Gesetz heißt:
265 Digital Fairness Act.

266 Was ist das? Digital Fairness Act: Das ist ein neues Gesetz. Die EU plant es
267 gerade. Es soll Menschen im Internet besser schützen.

268 • Die EU soll genau sagen, was „passend für ein bestimmtes Alter“ bedeutet.

269 6. Freiheit im Internet – keine Ausweis-Pflicht

270 Wir wollen nicht, dass man für das Internet immer einen Ausweis braucht.

271 Das wäre wie ein Türsteher vor dem Internet.

272 Das ist schlecht für die Freiheit von allen.

273 Eine Ausnahme:

274 Manchmal muss man vielleicht doch zeigen, wie alt man ist. Zum Beispiel bei
275 besonders gefährlichen Angeboten. Damit ist aber nicht Social Media gemeint.

276 Dann gibt es eine gute Lösung: die EUDI-Wallet.

277 Was ist das? EUDI-Wallet: Das ist eine digitale Brieftasche auf dem Handy. Die
278 EU entwickelt sie gerade. Man kann damit zeigen, dass man zum Beispiel über 18
279 ist. Die App verrät dabei aber nicht den Namen oder das Geburtsdatum. Nur die
280 Antwort: „Ja, über 18.“

281 Aber auch diese Lösung soll nur die letzte Möglichkeit sein.

282 Sie darf keine Pflicht werden, um Social Media zu nutzen.

283 Sonst könnte man alle Menschen im Internet kontrollieren.

284 **Warum wir das fordern**

285 Die Sorgen um Kinder im Internet sind berechtigt.

286 Aber in der Debatte wird oft übertrieben.

287 Dann wollen Politiker*innen schnelle Lösungen. Diese Lösungen sehen gut aus,
288 helfen aber wenig.

289 Wir Grüne wollen Politik machen, die auf Forschung beruht.

290 Was die Forschung sagt:

291 Forscher*innen haben viele Studien zusammen ausgewertet.

292 Das Ergebnis: Social Media macht nicht eindeutig krank.

293 Oft ist es umgekehrt: Wer schon traurig oder belastet ist, nutzt Social Media
294 mehr.

295 Eine Studie hat Jugendliche einzeln untersucht. Das kam heraus:

- 296 • Etwa 1 von 4 Jugendlichen geht es durch Social Media besser.
- 297 • Etwa 1 von 4 Jugendlichen geht es durch Social Media schlechter.
- 298 • Bei fast der Hälfte macht es keinen Unterschied.

299 Klar ist auch: Social Media hat gute Seiten.

300 Junge Menschen finden dort Freund*innen. Sie finden heraus, wer sie sind. Sie
301 machen bei Politik mit. Sie lernen voneinander.

302 Das ist besonders wichtig für queere Jugendliche. Und für andere Gruppen, die
303 oft benachteiligt werden. Für sie ist das Internet oft ein sicherer Ort.

304 In den USA wollen manche Gruppen Alterssperrern. Eine davon heißt Heritage
305 Foundation. Diese Gruppe kämpft auch gegen die Rechte von queeren Menschen.

306 Warum ein Verbot schadet:

307 Mehr als 1 von 3 jungen Menschen erfährt Neuigkeiten vor allem über Social
308 Media.
309 Ein Verbot würde sie davon abschneiden.
310 Und alle müssten ihr Alter beweisen. Das gefährdet die Daten von allen Menschen.
311 Auch eine wichtige Behörde für Jugendschutz sagt: Ein komplettes Verbot geht zu
312 weit. Die Behörde heißt: Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz.
313 In Australien gibt es schon ein Verbot. Dort sieht man: Viele Jugendliche
314 umgehen das Verbot.
315 Dann will der Staat noch mehr kontrollieren. In Australien spricht man jetzt
316 sogar über ein Verbot von VPN.
317 Was ist das? VPN: Das ist ein Programm. Damit kann man so tun, als wäre man in
318 einem anderen Land. So kann man Sperren umgehen.
319 Unser Fazit:
320 Ein Verbot wäre kein Fortschritt.
321 Es würde zeigen: Der Staat schafft es nicht, die Firmen zu kontrollieren. Darum
322 bestraft er lieber die Nutzer*innen.
323 Dabei hat die EU schon gute Gesetze.
324 Jetzt müssen diese Gesetze endlich richtig benutzt werden.

Begründung

Zur Begründung: <https://wolke.netzbegruenung.de/s/NGRd3Dzib2PC4Ni>